

„Zum Lügen gezwungen“

Kampf gegen rechts: Experten und Initiativen fordern neues Förderkonzept

Zahlreiche Initiativen gegen Rechtsextremismus sorgen sich um ihr Fortbestehen. Grund: Die Mittel fließen eher spärlich und nur für einen begrenzten Zeitraum. Experten fordern von der nächsten Bundesregierung ein neues Förderkonzept.

VON NORBERT PFEIFER

Bremen. Sie richten Netzwerke gegen rechts im Internet ein, beraten Eltern rechtsextremer Jugendlicher oder organisieren in Stadtteilen Aktionen gegen rassistische Gewalt: Viele Menschen engagieren sich im Kampf gegen Neonazismus. Ihre Projektarbeit ist wichtig, Politiker betonen das immer wieder. Der Untersuchungsausschuss des Bundestages zum NSU-Terror fordert etwa, der Staat solle Gruppen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, stärker fördern als bisher. „Zivilgesellschaftliche Initiativen sind unverzichtbar“.

Reformen verlangen insbesondere auch die Initiativen. Das zeigt eine Studie des gemeinnützigen Beratungshauses „Phineo“. Über ein Jahr lang hat es bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus untersucht. Tenor: Viele Organisationen klagen über eine chronische Unterfinanzierung. Mitarbeiter hätten keine Planungssicherheit – weder für die Modellprojekte noch für ihre eigene Stelle.

Ulrich Battis, Staatsrechtler an der Humboldt-Universität zu Berlin, kann dies nur allzu gut verstehen. Mit zwei Kollegen hat er im Auftrag mehrerer Verbände und Initiativen die Praxis analysiert. Für die Mo-

dellprojekte seien auf Bundesebene zu viele Stellen verantwortlich, die Förderung sei viel zu kurzatmig, sagt er. Geld für die Initiativen gebe es nur für ein Jahr, für jedes weitere müssten wieder extra Anträge gestellt werden, und nach meistens drei Jahren sei sowieso Schluss. „Nach diesem Zeitraum wird sehr viel Arbeit dafür investiert, die Projekte umzuschreiben. In Wahrheit geht es aber nur darum, sie fortzusetzen. Man wird geradezu gezwungen, zu lügen. Oder zumindest sehr kreativ mit der Wahrheit umzugehen. Das kann es doch nicht sein.“ Battis fordert deshalb ein neues Konzept. „Nachhaltigkeit und Verstärkung der Projekte müssen die Ziele sein.“

Bund: Projekte nur anschieben

Das Bundesfamilienministerium argumentiert, man dürfe die Projekte nur anschieben, mehr stehe dem Bund nach Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht zu. Dieser Ansicht widerspricht Battis. Eine dauerhafte Förderung des Engagements gegen rechts sei etwa über eine Stiftung des Bundes mit einem klaren gesetzlichen Auftrag möglich. Auf Sympathie für seine Idee sei er bei einer Anhörung im Haushaltsausschuss des Bundestages bei allen Parteien gestoßen – „am meisten bei den Grünen“. Die Ökopartei wird in ihren Wahlaussagen auch am konkretesten: Sie fordert Bundesmittel in Höhe von 50 Millionen Euro im Jahr für die Projekte – rund das Doppelte der bisherigen Förderung. Das Bundesfamilienministerium sieht dagegen die Kommunen und Bundesländer in der

Pflicht: Diese müssten ihr Engagement aufstocken, sagt ein Sprecher.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) forderte ebenfalls schon Änderungen an der momentanen Praxis. Mehrere Ministerien und weitere Bundesbehörden seien im Kampf gegen Rechtsextremismus tätig. Ein Extremismusbeauftragter, angesiedelt im Kanzleramt, solle die diversen Bemühungen in diesem Bereich koordinieren. Battis findet diese Idee zumindest erwägenswert: „Fast alles, was man verändern würde, wäre besser als der jetzige Zustand.“ Realistisch sei ein solcher Beauftragter aber kaum.

In Bremen kann man die Argumente der Kritiker nur teilweise nachvollziehen. John Gerardu etwa ist Projektleiter des landesweiten Beratungsnetzwerkes „pro aktiv gegen rechts“. Das Modell erhält in diesem Jahr einen Bundeszuschuss von 155 000 Euro, die Bremer Sozialbehörde gibt 62 000 Euro dazu. Wenn man nicht jedes Jahr eine Verlängerung beantragen müsste, „wäre das schon hilfreich“. Allerdings ist für Gerardu eine Begrenzung auf drei Jahre durchaus sinnvoll. „Man muss schauen, ob der Schwerpunkt richtig gesetzt wurde und ob Änderungen an den Projekten nötig sind.“ Ähnlich sieht es Bernd Schneider, Sprecher der Sozialbehörde: „Die Strukturen dürfen nicht erstarren. Wenn man mit den Initiativen flexibel auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren will, dann kann eine Begrenzung und Neuprüfung hilfreich sein – auch wenn es für die Träger der Projekte sicherlich unbequemer ist.“